

Zeitschrift: Rheinfelder Neujahrsblätter
Herausgeber: Rheinfelder Neujahrsblatt-Kommission
Band: - (1976)

Artikel: Die Besetzung des Atomwerkgeländes Kaiseraugst
Autor: Berner, Käthi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-894409>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Besetzung des Atomwerkgeländes Kaiseraugst

Hart an die Rheinfelder Grenze soll dieses Mammutwerk zu stehen kommen. Die einen nehmen an, es leite ein Zeitalter noch grösseren Wohlstandes ein. Die Anwohner jedoch – unterstützt durch namhafte Wissenschaftler – befürchten nicht wieder gutzumachende Langzeitschäden. Zahllos sind die warnenden Publikationen. Lücken im Atomgesetz hatten zur Folge, dass die Einsprachen Kaiseraugsts, Rheinfeldens und beider Basel übergegangen und im März 1975 blitzartig mit dem Bau begonnen wurde. Aber ebenso überraschend erfolgte die Besetzung durch die «Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst» (GAK), nachdem kurz vorher bauseits erklärt worden war, die Ereignisse von Wyhl (Baden-Württemberg) würden sich hier nicht wiederholen. Die elfwöchige Besetzung hat in Presse, Radio, Fernsehen und im Ausland ein aussergewöhnliches Echo gefunden, von Zustimmung bis zur Forderung nach militärischem Einsatz gegen die Besetzer. Letztere hatten grossen Rückhalt bei der hiesigen Bevölkerung (besonders auch bei den inzwischen politisch erwachten Frauen). Die Parteinahme der Rheinfelder gegen den Bau und die Solidarität über alle Standes-, Partei- und Konfessionsschranken hinweg ist ohne Beispiel. Es war eine wirklichkeitsnahe «Zivilschutzübung», weil anfänglich alles fehlte: Unterkunft, Küche, später auch das Trinkwasser. Hier der Bericht dazu, verfasst von einer «Besetzerin»:

R. B.

Als die kleine GAK-Gruppe vor Ostern beschloss, den Bauplatz zu besetzen, wussten wir, dass wir einen grossen Schritt vor uns hatten, dachten aber nicht im entferntesten daran, welcher persönlichen Einsatz das Unternehmen fordern sollte. Am Ostermontag, dem 31. März 1975, wurden die ersten Plakate aufgehängt «Kaiseraugst Bauplatz besetzt» und auf dem Baugelände die ersten Zelte aufgestellt.

Dienstag morgen mussten wir Bauarbeitern und Lastwagenchauffeuren zuvorkommen, was gut gelang, waren doch in der Morgenfrühe über hundert Leute auf den Platz gekommen, willens, die Bauarbeiten zu stoppen, indem sie Baumaschinen bestiegen und Lastwagen am Durchfahren hinderten. Es gab Auseinandersetzungen mit den Arbeitern und besonders zwischen dem Rechtsvertreter der Motor Columbus und uns Besetzern.

Von da an bangten wir täglich, ob die Baufirmen oder die Polizei uns mit Gewalt vom Platz schaffen würden, wie dies vorher im badischen Wyhl geschehen war. Doch ereignete sich nichts Derartiges. Die Polizei liess sich zwar öfters blicken, überwachte sogar Wohnhäuser von Atomwerkgegnern. Eine grosse sogenannte «routinemässige Verkehrskontrolle» erstreckte sich vom Bauplatz zu den Schulhäusern und Wohnhäusern in Rheinfelden und Kaiseraugst. Nicht verwunderlich, dass Alarm ausgelöst wurde und die Bevölkerung von überall her auf den Platz strömte. Resultat: Die Polizei konnte unser Alarmsystem testen und wir die Solidarität unter allen A-Werk-Gegnern festigen.

Zeitungen, Radio und Fernsehen berichteten täglich über Kaiseraugst. Von den einen wurden wir verstanden, von andern verurteilt. Als am ersten Sonntag nach erfolgter Besetzung bei strömendem Regen etwa 16 000 Leute an einer Kundgebung uns ihre Sympathie bezeugten, wussten wir, dass wir weitermachen mussten, um das Ziel – Abwendung des A-Werkes – zu erreichen.

Auf dem Bauplatz wurde gebaut, aber seitens der Besetzer. Spenden trafen von überall ein: Baumaterial, Lebensmittel, Geld. Das Rundhaus, wo Versammlungen, Diskussionen und auch gemütliche Anlässe stattfanden, wurde aufgestellt, die Küche eingerichtet. Vorerst behelfsmässige Anlagen wurden für längeren Aufenthalt ausgebaut. Sogar Tiere wurden den Besetzern geschenkt: Hühner, Kaninchen, Säuli.

Fanatische Kaiseraugster dämpften zeitweise die Begeisterung dieser Aufbauphase. Eines Abends wurden Reissnägeln gestreut, um Velofahrern aus Nachbargemeinden den Besuch des Baugeländes zu vergällen. Nachts wurden einmal Dynamit-Sprengsätze ins Lager geworfen. In Inseraten wurde vor Betreten des Platzes gewarnt, wegen angeblicher Typhusgefahr, worauf der Kaiseraugster Gemeinderat das Wasser abstellte, offenbar, um den «Typhus» einzudämmen. Böswilligkeit zeigte sich auch darin, dass reihenweise an parkierten Autos die Pneus aufgeschnitten wurden, während deren Besitzer an der Vollversammlung teilnahmen.

Die grosse Unbekannte war, ob uns der Bundesrat empfangen würde, um über einen Baustopp zu verhandeln. Wir beschlossen, nach Bern auf den Bundesplatz zu gehen, und versprachen uns davon, dass wir uns damit Gehör verschaffen könnten. Obwohl sich gegen 20 000 Leute in Bern einfanden, liess sich der Bundesrat nicht zu einem Gespräch herbei. Erst auf die Vorsprache verschiedener Politiker aus unserer



Region, unter andern auch unseres Stadtammanns, öffnete sich der Weg zu den ersehnten Verhandlungen. Bei völlig gegensätzlichen Standpunkten und weil niemand Zugeständnisse machen wollte, begann ein Ringen um Kleinigkeiten. Erst als die Motor Columbus einen Baustopp für einen Monat versprach, räumten wir das Gelände völlig. Inzwischen ist der Baustopp verlängert worden. Nach der ersten Verhandlung mit den Bundesräten Ritschard, Brugger und Hürlimann folgten die Gespräche zwischen Fachleuten beider Lager.

Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, dass das Atomgesetz Mängel aufweist, die behoben werden müssen. Zur Zeit läuft eine Unterschriftensammlung für ein Mitspracherecht des Volkes. Die Besetzung hat das Problem bekanntgemacht und dürfte nicht vergebens gewesen sein.

Käthi Berner